

„Aktien schlagen jede Alternative“

Der Chef der Wiener Börse über Geldanlage, hohe Dividenden und Krisengewinner-Vorwürfe

VON ALEXANDER ZENS

WIEN. Christoph Boschan, aus Deutschland stammender Chef der Wiener Börse, fordert die Koalition auf, ihr Regierungsprogramm umzusetzen. Das würde bedeuten: steuerliche Erleichterungen für Wertpapierbesitzer.

! OÖNachrichten: Eine alte Börsenweisheit sagt „Sell in may and go away“. Haben Sie Ihre Aktien schon verkauft, und wann steigen Sie wieder ein?

Christoph Boschan: Die zentrale Weisheit ist von meiner Oma: Kräht der Hahn auf dem Mist, ändert sich das Wetter, oder es bleibt, wie es ist. Was ich sagen will: Investment-Folklore und solche Sprüche sind Unsinn. Anleger sollen langfristig und breit gestreut investieren, um die systematische Kapitalmarktrendite abzugreifen.

! Was spricht aktuell dafür, in Aktien zu investieren?

Was immer dafür spricht: Aktien schlagen jede Alternative um mindestens das Doppelte. Die hundertjährige inflationsbereinigte Aktienrendite beträgt fünf Prozent, bei Anleihen und Immobilien sind es 2,5 Prozent, bei Commodities (Rohstoffe, Anm.) null.

! Es hängt auch vom Einstiegs- und Ausstiegszeitpunkt ab. Der ATX liegt heuer vier Prozent im Plus, hat voriges Jahr 15 Prozent verloren nach wiederum 40 Prozent Anstieg im Jahr davor.

Einzig entscheidend ist die ATX-Langfristrendite von 6,5 Prozent. Langfristig ist die Aktie die renditeträchtigste und sicherste Anlageklasse, kurzfristig natürlich die volatilste. Sie werden immerhin Mitunternehmer. Darum geht es um lebenslanges Aktiensparen.

! Seinen Rekord erreichte der ATX mit rund 5000 Punkten kurz vor der Finanzkrise 2007. Ist so ein Wert noch einmal möglich?

Wir hatten seither schon wieder mehrere Rekorde, denn der Erfolg setzt sich ja aus zwei Komponenten



„Dramatische Steuer-Eskalation“: Christoph Boschan

Foto: Weibhold

ten zusammen: Kurswert und Dividenden. Österreich ist ein klassisches Hoch-Dividenden-Land mit Industriebetrieben, die auf eine lange Tradition an Dividendenausschüttungen verweisen können. Die Dividendenrendite beträgt im Schnitt gut sechs Prozent, in Deutschland weniger als vier, in den USA weniger als zwei Prozent.

! Tatsächlich haben die Unternehmen an der Wiener Börse aktuell sehr gut verdient. Mehr als sechs Milliarden Euro Dividenden werden ausgeschüttet, drei Mal mehr als im langjährigen Schnitt. Verstehen Sie Kritik, dass Unternehmen und Aktionäre Krisengewinner sind und dass über Gewinnabschöpfung diskutiert wird?

Das ist irritierend. Was steht denn im Zentrum jeder erfolgreichen sozialstaatlichen Ordnung? Es ist das erfolgreiche private Unternehmertum. Nur so können Steuern erhoben werden und Leute Be-

schäftigung finden. Für den Begriff Gewinnabschöpfung gibt es einen Terminus technicus: Das ist die Dividende. Und der Staat ist insbesondere in Österreich einer der größten Aktionäre und profitiert unmittelbar von Dividenden.

! Aber sollten Energie-, Baustoffkonzerne und Banken nicht etwas maßvoller bei der Preisgestaltung sein, da das Gros der Bevölkerung unter der hohen Inflation und steigenden Zinsen stöhnt?

Das Schöne an einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist die freie Preisgestaltung, die sich im Wettbewerb vollzieht. Und das ist im Wechselspiel der Marktordnung und der Akteure auszuhandeln, möglichst frei von staatlicher Intervention.

! Österreich gilt als ein Land mit wenig Aktienkultur. Laut einer aktuellen Studie des Aktienforums besitzen aber doch 25 Prozent Wertpapiere, 20 Prozent sind in-

teressiert daran, welche zu kaufen. Überrascht Sie das?

Nein. Ich kam im Jahr 2016 relativ unbedarft nach Österreich, und die damals kolportierte Aktienquote von rund sieben Prozent habe ich angesichts des Wohlstands und der wohlhabenden Mittelschicht nicht geglaubt. Jetzt wissen wir, dass die Bürger bereits wesentlich weiter als mancher politischer Akteur sind und ein Bewusstsein über die Notwendigkeit des persönlichen Vermögensaufbaus haben.

! Die Regierung verhandelt seit langem über die Einführung einer Behaltefrist bei der Wertpapier-KEST (Kapitalertragsteuer), ab der Kursgewinne steuerfrei wären. Glauben Sie, das wird noch etwas?

Es gilt das Primat der Politik. Ich verweise auf das Regierungsprogramm, und da steht die Behaltefrist drin. Es ist ein normaler bürgerlicher Anspruch, dass das Regierungsprogramm umgesetzt wird. Wir sollten zur Regelung, die bis 2012 galt: also ein Jahr Behaltefrist. Da geht es nicht um Privilegien, sondern um das Zurückschrauben der dramatischen Steuer-Eskalation in Österreich. Denn zuerst wird ein Arbeitseinkommen versteuert, dann der Gewinn der AG, in die jemand investiert, und letztlich muss der Anleger eine im europaweiten Vergleich hohe Wertpapier-KEST von 27,5 Prozent sowohl auf Dividenden als auch auf Kursgewinne zahlen.

! Sehen Sie bei den Grünen hier ein mögliches Einlenken?

Bei den Wählern der Grünen würde es jedenfalls großes Verständnis geben. Die Umfrage hat bei der Detailauswertung nach politischer Präferenz gezeigt, dass diese Wähler am stärksten in Aktien investiert sind.

OÖN



Code scannen und TV-Interview mit Börse-Chef Boschan ansehen »nachrichten.at

EVN: Politische Debatte über Sonderdividende

SANKT PÖLTEN/MARIA ENZERSDORF.

Der größte Strom-, Gas- und Wasserversorger Niederösterreichs, die EVN, plant, die Dividende für das Geschäftsjahr 2022/23 hinaufzusetzen. Aktionäre sollen mit einer Sonderausschüttung von 111 Millionen Euro vom Verbund-Anteil der EVN profitieren. Dem Dividendenvorschlag müssen noch der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung zustimmen.

Die geplante Sonderdividende wurde am Dienstag von Vertretern der niederösterreichischen FPÖ, SPÖ, Grünen und Neos scharf kritisiert. Die Nichtregierungsorganisation Global 2000 hält die Auszahlung für „völlig inakzeptabel“. Die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (VP) sagte, dass man genau darauf achten werde, dass die EVN die Preise so rasch es gehe herabsetze. Sie wies darauf hin, dass der Strompreisrabatt aus der Dividende von Landesbeteiligungen und Gewinnen der EVN finanziert werde.

ÜBERBLICK

Wifo: Mittelfristig höheres Wachstum

WIEN. Der Rückgang der Energiepreise verbessert die Aussichten. Heuer wird die Wirtschaft stagnieren, für 2025 erwartet das Wifo aber ein reales Wachstum von 2,1 Prozent. Für 2023 bis 2027 rechnet das Institut mit einem Zuwachs von im Schnitt 1,6 Prozent pro Jahr und damit 0,6 Punkten mehr als zuletzt angenommen.

Russland fördert mehr Öl als angekündigt

PARIS. Russland hat nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) die Kürzung der Ölförderung nur teilweise umgesetzt. Im April sei die Fördermenge bei durchschnittlich 9,6 Millionen Barrel pro Tag gelegen, um 200.000 Barrel weniger. Ein Minus von 500.000 Barrel war im März angekündigt worden.

Handelsketten beschwerten sich bei der Regierung

WIEN. Der Lebensmittelhandel will in der Teuerungsdebatte nicht als Buhmann der Nation dastehen und hat einen Brief an die Bundesregierung geschrieben. Die Firmenchefs bzw. -chefinnen von Spar, Rewe, Hofer, Lidl, MPPreis, Unimarkt und Denns, 1600 selbstständige Kaufleute sowie Vertreter vom Handelsverband fordern darin mehr Fairness in der Diskussion. „Das Narrativ, wonach der Lebensmitteleinzelhandel der große Profiteur der hohen Inflation sei, stimmt nicht.“

Mit „großer Verwunderung und Irritation“ habe man den jüngsten Auftritt der Klubchefin der Grünen (Sigrid Maurer, Anm.) wahrgenommen, bei dem der Lebensmitteleinzelhandel de facto als alleiniger Verursacher der Teuerung hingestellt worden sei. „Derart rufschädigende und irreführende Kommentare können wir nicht länger hinnehmen“, heißt es im Brief.

proPellets fordert mehr Tempo von Kartellbehörde

Razzia im Oktober, BWB ermittelt weiterhin

WIEN. Die Pelletsbranche beschwert sich über die andauernden Kartellermittlungen der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) und fordert mehr Tempo. „Seit Oktober wird hier eine ganze Branche mit Tausenden Beschäftigten unter Generalverdacht gestellt“, sagte Christian Rakos, Geschäftsführer von proPellets Austria, am Dienstag. Das verunsichere Kunden, gefährde Arbeitsplätze und torpediere alle Klimaschutzbemühungen. „Wir stehen der Bundeswettbewerbsbehörde weiterhin mit allen Unterlagen und Infos zur Verfügung, wenn es einer schnellen Aufklärung der aus unserer Sicht haltlosen Vorwürfe dient.“

Stark gestiegene Pelletspreise und Hinweise aus der Branche hatten im Oktober 2022 zu Hausdurchsuchungen wegen mutmaßli-



Pelletsbranche gegen „Generalverdacht“

cher Preisabsprachen geführt. „Die Erhebungen laufen, es ist sehr viel Material zu prüfen“, teilte die BWB am Dienstag auf Anfrage mit. Außerdem gebe es mehrere große Untersuchungen, vor allem in der Lebensmittel- und Energiebranche. Das binde Kapazitäten. Verzögert worden waren die Ermittlungen auch vom Einspruch einer Firma gegen die Razzia. Im Februar entschied der Oberste Gerichtshof, dass diese rechtens war. (az)

WERBUNG

DIE ZUKUNFT LÄSST SICH STEUERN

23.–25.05.2023

Fachmesse für die industrielle Automatisierung

Design Center Linz

smart-linz.at



JETZT TICKET SICHERN!

SMART AUTOMATION AUSTRIA

Built by **RX**
In the business of building businesses